A-09-429-3 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Omid Nouripour (KV Frankfurt)

Änderungsantrag zu A-09

Nach Zeile 429 einfügen:
Afghanistan: Einsatz für Menschen- und vor allem Frauenrechte statt Anerkennung von Terroristen

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich weiterhin entschieden für Menschenrechte und Sicherheit der Menschen in Afghanistan ein und lehnen die fortlaufende Quasi-Anerkennung der terroristischen Taliban durch die Bundesregierung konsequent ab. Wir wollen stattdessen die Erhebung des Schutzes von Frauen und Mädchen und ihrer Rechte zur Priorität deutscher Afghanistan-Politik. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre eigenen rechtsverbindlichen Zusagen für ehemalige Ortskräfte und gefährdete Afghan*innen einzuhalten; dazu zählt die sofortige Aufnahme der noch in Pakistan wartenden Menschen. Die humanitäre Unterstützung für die Bevölkerung Afghanistans muss fortgesetzt und ausgebaut, die Instrumentalisierung sogenannter “technischer Gespräche” mit Vertretern des Taliban-Regimes, die als Vorstufe zu diplomatischen Beziehungen gelten, durch die Bundesregierung beendet werden.

Begründung

Die Herrschaft der terroristischen Taliban ist ein Angriff auf Menschenrechte, Frauenrechte und internationale Sicherheit. Das Regime unterdrückt systematisch Frauen, verbreitet Angst und Gewalt und bietet internationalen Terrornetzwerken Rückzugsräume.

Die Entscheidung von Bundesminister Alexander Dobrindt, Terroristen im Gegenzug für eine repressive Abschiebepolitik den roten Teppich auszurollen und damit ihre Anerkennung in Kauf zu nehmen, zeigt eine gefährliche Verschiebung politischer Maßstäbe. Eine Normalisierung oder gar Anerkennung der Taliban würde solche Praktiken legitimieren und Extremisten weltweit ermutigen.

Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine Außenpolitik, die auf Werten basiert. Die grüne Bewegung hat sich stets für Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden eingesetzt. Diese Prinzipien gelten auch in Zeiten von Rechtsruck und geopolitischer Unsicherheit.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Afghanistan bedeutet, den Menschen beizustehen, die unter der Taliban-Herrschaft leiden, anstatt die Täter zu legitimieren. Die Grünen müssen in ihrer politischen Agenda klarstellen: Wer Terror fördert, Frauen entrechtet und Menschenrechte mit Füßen tritt, kann kein Partner für Deutschland oder die internationale Gemeinschaft sein.

Eine klare Haltung gegen jede Form der Anerkennung der Taliban ist Ausdruck grüner Verantwortung, Solidarität und sicherheitspolitischer Vernunft.

weitere Antragsteller*innen

Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei); Martina Feldmayer (KV Frankfurt); Thomas Schlimme (KV Frankfurt); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Katrin Haus (KV Frankfurt); Dorothee Strohmaier (KV Frankfurt); Robin Wagener (KV Lippe); Michael Joukov (KV Ulm); Sandra Detzer (KV Ludwigsburg); Doris Wagner (KV München); Josephina Gencic (KV Leipzig); Yohana Rahel Hirschfeld (KV Hamburg-Altona);

Lena Koop (KV Frankfurt); Hannes Sturm (KV Freiburg); Leona Enke (KV Frankfurt); Caja Bureck (KV Friesland); Gregor Kroschel (KV Freiburg); Anne-Katrin Körbi (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Thomas Hartmann (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.